



## **Tätigkeitsbericht des LSVD-Bundesvorstandes für 2010/2011**

### **1. Verbandstag 2010 und Festakt 20 Jahre LSVD**

Am 11./12. April 2010 fand in Berlin der 22. LSVD-Verbandstag statt. Der Verbandstag verabschiedete u.a. das neue LSVD-Grundsatzprogramm, das als Broschüre veröffentlicht wurde. In den Vorstand wieder gewählt wurden Axel Blumenthal, Manfred Bruns, Günter Dworek, Annette Hecker, Uta Kehr (Schatzmeisterin) und Martin Pfarr. Weiterhin für ein Jahr im Amt waren Katharina Doumler, Jenny Graser, Helmut Metzner, Axel Hochrein, Hasso Müller-Kittkau und Hartmut Schönknecht.

Am 10. April fand in der Landesvertretung von Baden-Württemberg in Berlin unser Festakt zum 20jährigen Geburtstag unseres Verbandes statt. An dieser Veranstaltung nahmen über 400 Personen teil. Für den LSVD lieferte Günter Dworek in einer Rede einen Rück- und Ausblick. Moderiert wurde die Veranstaltung von Jenny Graser und Axel Hochrein. Als Gastrednerinnen und Gastredner konnten wir Bischöfin Maria Jepsen, Prof. Dr. Beate Rudolph, Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte, den nigerianischen Menschenrechtsaktivisten Rev. Jide Macaulay und andere VertreterInnen der Zivilgesellschaft begrüßen.

### **2. Mitgliederentwicklung**

Die Mitgliederentwicklung war auch 2010/2011 positiv: Die Mitgliederzahl ist in den vergangenen zwölf Monaten um 203 von 3.615 Mitgliedern (Anfang April 2010) auf 3.818 Mitglieder (10. März 2011) gestiegen. Davon sind 100 korporative Mitglieder (Gruppen, Vereine, Unternehmen).

### **3. respekt! und andere Publikationen**

Im April 2010 und Dezember 2010 erschienen Ausgaben von respekt! jeweils in einer Auflage von 6.000 Exemplaren.

Im Projekt „Kultursensible Aufklärung zum Thema Homosexualität für Familien mit Migrationshintergrund“ wurde die Studie von Prof. Dr. Melanie Steffens „Doppelt diskriminiert oder gut integriert? Lebenssituation von Lesben und Schwulen mit Migrationshintergrund in Deutschland“ veröffentlicht.

Der LSVD produzierte zudem Materialien im Rahmen seiner Kampagne für eine Ergänzung des Grundgesetzes (Aktion 3 +), etwa Postkarten und Aufkleber. Zudem wurden für die Aktion 3+ Kugelschreiber produziert. Im Rahmen der Mitgliederwerbung wurde ein Aufnahmeantrag für korporative Mitglieder „Eintreten in den LSVD“ gedruckt. Und für die Hirschfeld-Eddy-Stiftung wurde die aktualisierte Fassung der ILGA-Weltkarte „LGBTI rights in the world“ gedruckt. Zudem produzierten wir im vergangenen Jahr LSVD Kugelschreiber, Aufkleber und Schlüsselanhänger mit Einkaufswagenchips.

Die Homepage [www.lsvd.de](http://www.lsvd.de) und die weiteren Webseiten des LSVD, etwa die zum Projekt Regenbogenfamilien, der Hirschfeld-Eddy-Stiftung, zu Artikel 3 oder der Mission Aufklärung sind eine umfassende Informationsquelle, die täglich von vielen Menschen genutzt werden. Die Inhalte unserer Verbandshomepage und der Homepage der Hirschfeld-Eddy-Stiftung werden täglich aktualisiert, etwa die tägliche Presseschau auf unserer [www.lsvd.de](http://www.lsvd.de). Auch alle rechtlichen Informationen, insbesondere zum Lebenspartnerschaftsrecht, werden ständig aktualisiert. Die Statistik der eindeutigen Besucher unserer Verbandshomepage zeigt

hohe Besucherzahlen auf (ca. 300.000 eindeutige Besucher pro Monat; manchmal liegen sie bei über 500.000 pro Monat).

Im Sommer 2010 startete der LSVD die Mission Aufklärung. Die Homepage ging im Sommer 2010 online. Unser neues Internetportal <http://www.mission-aufklaerung.de/> ist ein Teil der Antihomophobiearbeit des LSVD. Das offene Netzwerk "Mission Aufklärung" ist aus einem Arbeitsbereich des LSVD Sachsen entstanden, um Umpolungsangeboten entgegenzutreten und aufzuklären. Unser Netzwerk "Mission Aufklärung" will nicht nur gegen religiös begründete Diskriminierung von Homosexuellen vorgehen. Wir wollen auch Betroffenen, etwa homosexuellen Christen, die in die Fänge von "Umpolern" geraten sind, Alternativen und Möglichkeiten des Ausstiegs aufzeigen.

#### **4. Beratungsarbeit**

Weiterhin ist der Beratungsbedarf zum Familienstand „Lebenspartnerschaft“ sehr hoch. Fast alle Rechtsgebiete sind betroffen. Uns erreichen täglich mehrere Anfragen von Ratsuchenden, die sämtlich prompt und kompetent von Manfred Bruns und z. T. auch von der Geschäftsstelle beantwortet werden. Auch in den vergangenen zwölf Monaten unterhielt der LSVD für seine Mitglieder eine kostenlose telefonische Rechtsberatung zum Lebenspartnerschaftsrecht. Für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte haben wir auf unserer Webseite eine vollständige Dokumentation der einschlägigen juristischen Literatur und Rechtsprechung eingerichtet, die ständig aktualisiert wird.

Beratungsarbeit fand und findet im Projekt Regenbogenfamilien für interessierte Lesben und Schwule sowie Fachpersonal der Familienverbände statt. Das Projekt „Kultursensible Aufklärung zum Thema Homosexualität für Migrationsfamilien“ lief Ende 2010 regulär aus. Auch hier fand Beratungsarbeit für russischsprachige Familien statt. Darüber hinaus findet in der Kölner Geschäftsstelle die Beratung für homosexuelle Migrantinnen und Migranten statt.

#### **5. Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**

Seit Mitte Oktober 2010 arbeitet Franka Braun mit einer halben Stelle Öffentlichkeitsarbeit in unserer Pressestelle. Christine Schön schied im Juli 2010 als Mitarbeiterin aus. Renate Rampf ist seit 2005 LSVD-Pressesprecherin. Seit 01.01.2011 arbeitet Markus Ulrich als Teilzeitmitarbeiter (8 Stunden pro Woche) in der Pressestelle. Ilka Borchardt leitete bis Ende April 2010 das vom BMFSFJ geförderte LSVD-Projekt „Kultursensible Aufklärung zum Thema Homosexualität für Familien mit Migrationshintergrund“, Projektkoordinator war Aleksej Urev. Sandra Ramolla ist weiterhin mit einer halben Stelle im Sekretariat des LSVD sowie mit einer halben Stelle als Finanzreferentin bei uns beschäftigt. Elke Jansen leitet das Projekt „Regenbogenfamilien“ und Klaus Jetz ist Geschäftsführer des LSVD-Bundesverbandes.

#### **6. Bund-Länder-Treffen 2010**

Das Bund-Länder-Treffen 2010 des LSVD fand am 09./10.10.2010 in Hamburg statt. Fast alle Landesverbände waren vertreten, zum Teil wurden von ihnen ausführliche schriftliche Berichte vorgelegt. Themen des BLT 2010 waren die aktuelle politische Situation und der Stand der Gleichstellung in den Bundesländern, die strategischen Schwerpunktsetzungen des Verbandes, die Antihomophobie- und Antidiskriminierungsarbeit des Verbandes, Homophobie und Fußball, die LSVD-Menschenrechtsarbeit (Hirschfeld-Eddy-Stiftung), die Kampagnen „Keine halben Sachen“ (Steuerrecht) und die Aktion 3 + zur Ergänzung des Artikel 3 Grundgesetz um die sexuelle Identität, Erinnerungspolitik und das Projekt Stolpersteine für homosexuelle NS-Opfer in Hamburg. Seitens des Bundesvorstandes nahmen teil Manfred Bruns, Annette Hecker, Hasso Müller-Kittnau, Martin Pfarr, Hartmut Schönknecht.

## **7. CSD Veranstaltungen 2010**

Der LSVD hat auch im vergangenen Jahr an mehreren CSDs und Straßenfesten, etwa in Frankfurt/M., München, Dresden, Stuttgart, Berlin, Dortmund, Düsseldorf, Hamburg, Halle, Köln, Würzburg, Saarbrücken, Leipzig, Trier und anderen Städten teilgenommen. In Magdeburg und Saarbrücken sind die LSVD Landesverbände Veranstalter. Zudem war der LSVD mit Infostand beim Lesbenfrühlingstreffen in Hamburg präsent. Unsere Forderung nach Ergänzung von Artikel 3 Grundgesetz um die Rechte von Lesben und Schwulen wurde wie schon 2009 auch in 2010 von vielen CSD-Veranstaltungen zum Leitthema gemacht.

Beim Kölner CSD und dem Berliner Straßenfest waren der LSVD und die Hirschfeld-Eddy-Stiftung mit Infoständen vertreten.

## **8. Lobbyarbeit**

### **8.1. Lebenspartnerschaftsgesetz**

Seit Inkrafttreten des Lebenspartnerschaftsgesetzes vor zehn Jahren investiert der LSVD viel Arbeit und Energie in seine Presse-, Öffentlichkeits- und Überzeugungsarbeit, um dem Ziel der rechtlichen Gleichstellung der Lebenspartnerschaft mit der Ehe näher zu kommen. Die betrifft die Bundespolitik und viele Bundesländer. Zudem leistet der LSVD Aufklärungs- und Beratungsarbeit zum Thema, etwa auf seiner Homepage, per E-Mail, telefonisch oder in seiner Mitgliederzeitschrift respekt!

### **Gleichstellung kommt scheinbarweise**

Die Koalitionspartner haben zwar die Gleichstellung im Steuerrecht vereinbart, doch hapert es bei der Umsetzung. Die Gleichstellung wurde auch im BAFöG erreicht, was vor allem für binationale Paare wichtig ist, wenn der ausländische Partner hier studiert. Der BMI-Entwurf für das Besoldungs- und Versorgungsrecht sieht nur Rückwirkung bis zum 01.01.2009 vor. Die Koalition hat sich darüber zerstritten, die FDP kann sich nicht durchsetzen. Im Einkommenssteuerrecht ist die Situation ähnlich. Der Bundesfinanzminister mauert, so dass steuerrechtliche Fortschritte blockiert sind.

### **Öffnung der Ehe überfällig**

Im Juli 2010 behandelte der Bundesrat die Initiative des Landes Berlin zur Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule. Der LSVD nutzte die Gelegenheit, bekräftigte und begründete erneut seine Forderung nach Eheöffnung. Angesichts des gesellschaftlichen Wandels und der damit verbundenen Änderung des Eheverständnisses gibt es heute keine vernünftigen Gründe mehr, homo- und heterosexuelle Partnerschaften unterschiedlich zu behandeln. Die Forderung nach der Öffnung der Ehe für Homosexuelle wurde erstmalig 1992 im Rahmen der Aktion Standesamt einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Auf Initiative unseres Verbandes gingen damals überall im Land gleichgeschlechtliche Paare zum Standesamt und bestellten das Aufgebot.

### **Keine halben Sachen!**

Der LSVD setzt sich zusammen mit seinen Bündnispartnern für die volle steuerrechtliche Gleichstellung von Lebenspartnerschaften mit Eheleuten ein. Wir haben dazu aufgerufen, bei der Einkommensteuererklärung die Zusammenveranlagung zu beantragen, gegen den ablehnenden Bescheid binnen eines Monats Einspruch beim zuständigen Finanzamt einzulegen, notfalls Klage zu erheben und im Übrigen Aussetzung der Vollziehung zu beantragen. Mustertexte stellen wir auf der LSVD-Homepage zur Verfügung. Manfred Bruns unterstützt Betroffene bei den Schriftsätzen und der Klage.

Gegenüber der Bundesjustizministerin haben wir in einem Gespräch den Bedarf deutlich gemacht und mitgeteilt, wie viele Paare betroffen sind. Mit dem überparteilichen Netzwerk der LSVD-Kampagne ‚Keine halben Sachen!‘ haben wir auch in den vergangenen Monaten entsprechenden Druck ausgeübt.

### **Gerichtsentscheide sorgen für Gleichstellung, Gesetzgeber schaut zu**

Im Juli 2010 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass die Diskriminierung eingetragener Lebenspartnerschaften bei der Erbschaftsteuer verfassungswidrig ist. Die Gleichstellung von Lebenspartnerschaften bei der Erbschaftsteuer wurde zwar im Wesentlichen bereits 2007 erreicht, aber das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber aufgegeben, auch die noch nicht bestandskräftigen Altfälle seit dem Inkrafttreten des Lebenspartnerschaftsgesetzes nachzubessern. Das hat der Gesetzgeber dann im Jahressteuergesetz 2010 für das Erbschaftsteuerrecht getan, aber für das Grunderwerbsteuerrecht abgelehnt, so dass die Prozesse hier fortgeführt und erneut dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt werden müssen. Dasselbe gilt für das Einkommensteuerrecht. Die CDU/CSU macht nur das, wozu sie vom Bundesverfassungsgericht ausdrücklich verurteilt wird. Die FDP nimmt das hin und stimmt im Bundestag mit der CDU/CSU gegen die Gleichstellung.

Im November 2010 entschied das Niedersächsische Finanzgericht, dass das Ehegattensplitting auch für eingetragene Lebenspartner anzuwenden ist. Die Entscheidung entspricht unserer langjährigen Forderung nach der Gleichstellung der Eingetragenen Lebenspartnerschaften bei Rechten und Pflichten. Das Finanzgericht hat, wie es erforderlich ist, die Forderungen des Bundesverfassungsgerichts vom 21. Juli 2010 zur rückwirkenden Gleichstellung bei der Erbschaftsteuer auf die Einkommensteuer übertragen.

### **Weitere Erfolge**

Immer wieder gibt es auch in anderen Fällen Erfolge zu feiern. Im Dezember 2010 erklärte das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) in Absprache mit dem Bundesministerium des Inneren, gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften bei den Vorschussregelungen zukünftig wie Ehepaare zu behandeln. Vorschüsse können nun z.B. auch anlässlich der Begründung einer Eingetragenen Lebenspartnerschaft gewährt werden. Das BMVg reagierte damit auf einen Beschwerdebrief, den Manfred Bruns im November 2010 an den damaligen Bundesminister Guttenberg geschickt hatte und in dem er die Praxis gerügt hatte, den Gehaltvorschuss, der Soldatinnen und Soldaten bei Eheschließung, Scheidung oder Erstbezug der gemeinsamen Wohnung zusteht, Lesben und Schwulen vorzuenthalten. Das BMVg teilte uns mit, „dass Vorschüsse aus Anlass der Begründung oder Aufhebung einer Eingetragenen Lebenspartnerschaft in entsprechender Anwendung der Grundsätze der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gewährt werden können“.

### **Gleichstellung in den Bundesländern**

Bei den Bundesländern gab es auch dank des Drucks und der Überzeugungsarbeit des LSVD einige Fortschritte. In Hessen wurde leider keine rückwirkende Gleichstellung verwirklicht. In Niedersachsen ist es ähnlich. In NRW will die neue Minderheitenregierung die Gleichstellung auf den Weg bringen, auch rückwirkend. Auch Sachsen-Anhalt hat rückwirkend gleichgestellt. Der LSVD-Sachsen-Anhalt hatte über viele Jahre hinweg auf die Gleichstellung gedrungen. In Bayern erfolgte die Gleichstellung zum 1.1.2011, leider ohne Rückwirkung. Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, das noch nicht die Standesämter vorsieht. Das Innenministerium in Baden-Württemberg weigert sich, dem Votum des Städtetages zu folgen und die Zuständigkeit für die Beurkundung von Eingetragenen Lebenspartnerschaften den Standesämtern zu übertragen. In Baden-Württemberg sind höhere Gebühren für eine Verpartnerung zu entrichten als für eine Eheschließung. Paare sollten gegen die höheren Gebühren klagen, denn sie sind rechtswidrig. Diese Diskriminierung wird wohl auf dem Gerichtsweg gekippt werden. Für alle Klagen und Widersprüche hält der LSVD Musterschreiben auf seiner Homepage parat.

## **8.2. Regenbogenfamilien**

### **Diskriminierung im Adoptionsrecht**

Im November 2010 befürwortete die Justizministerkonferenz in einer Entschließung die Öffnung des Adoptionsrechtes. Der LSVD begrüßte die länder- und parteiübergreifende Initiative, die nicht von ideologischen Vorbehalten, sondern von Vernunft und Augenmaß getragen wurde, und forderte die Bundesregierung auf, diese Initiative aufzugreifen und die Diskriminierung im Adoptionsrecht zu beenden. Zurzeit dürfen Lebenspartner zwar die leiblichen Kinder ihrer Partner adoptieren mit der Folge, dass dann beide Lebenspartner wie Ehegatten rechtlich gemeinschaftliche Eltern der Kinder sind. Aber die Adoption adoptierter Kinder der Partner ist nicht erlaubt. Für diese unterschiedliche Regelung gibt es keine sachlichen Gründe.

### **Kauder schürt Vorurteile auf dem Rücken der Kinder**

Ende 2010 sagte CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder, er „glaube nicht, dass Kinder wünschen, in einer homosexuellen Partnerschaft aufzuwachsen“. Wir verurteilten die Äußerung als Schüren von Vorurteilen gegen gleichgeschlechtliche Eltern, die tagtäglich für das Wohl ihrer Kinder Sorge tragen. Kauder machte damit diese Eltern öffentlich vor ihren Kindern schlecht. Wir haben ihm daher schriftlich angeboten, ein Gespräch zu organisieren, in dem er gleichgeschlechtliche Eltern sowie junge Menschen, die in Regenbogenfamilien aufgewachsen sind, kennenlernen kann. Eine Reaktion steht aus.

## **8.3. Transsexuellengesetz**

Das Bundesverfassungsgericht entschied im Januar 2011, dass einer homosexuell empfindenden transsexuellen Frau unabhängig von ihrem biologischen Geschlecht die Eingetragene Lebenspartnerschaft offen stehen muss. Der LSVD begrüßte die Entscheidung als Stärkung der Rechte von Transsexuellen. Das Urteil zeigt, dass Grundrechte nicht vom biologischen Geschlecht abhängig gemacht werden dürfen. Der Klägerin, eine lesbisch empfindende Transsexuelle, die in einer Partnerschaft mit einer Frau lebt und ihren Vornamen geändert hatte, verwehrte das Transsexuellengesetz (TSG) bislang die Möglichkeit, eine Eingetragene Lebenspartnerschaft eingehen zu können.

Diese Regelung des TSG hat das Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärt. Das Gericht folgte damit der Argumentation des LSVD, die wir in einer Stellungnahme zum Verfahren unterbreitet hatten. Jede und jeder muss die gewählte Partnerschaft absichern und anerkennen lassen können, das darf nicht von Operationen und Geschlechterideologien abhängig gemacht werden. Zum wiederholten Male hat damit das höchste Gericht die rigiden und vollkommen überholten Bestimmungen des TSG für verfassungswidrig erklärt. Von dem ursprünglichen Gesetz sind nur noch Rudimente übrig. Wir brauchen endlich ein modernes Gesetz, das die Rechte Transsexueller Menschen sichert anstatt diese einzuengen.

## **8.4. Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen**

Das Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen hat sich zu einem lebendigen Ort der Erinnerung, Begegnung und Diskussion entwickelt. Ende Mai 2010 wurde das Denkmal in Berlin zwei Jahre alt. In diesem Umfeld soll vereinbarungsgemäß auch das in der Betonstele gezeigte Video gewechselt werden. Der künstlerische Wettbewerb über die Gestaltung des neuen Films fand statt. Annette Hecker ist für den LSVD Jury-Mitglied.

Über den Videowechsel, die historischen Tatsachen, über die Formen des Gedenkens, über die Relevanz des Gedenkortes für aktuelle Fragen der Menschenrechte von Lesben,

Schwulen und Transgendern führte der LSVD zusammen mit der Stiftung Denkmal am 17. Mai 2010 in Berlin eine Diskussionsveranstaltung durch. Günter Dworek begrüßte die Gäste für den LSVD.

### **8.5. Aktion 3+ (Ergänzung von Artikel 3 Grundgesetz)**

Im April 2010 fand eine öffentliche Anhörung im Rechtsausschuss des Bundestages zu Anträgen der Opposition statt, die Axel Hochrein für den LSVD begleitete. Sachverständige aus den Bereichen des Familienrechts, des öffentlichen Rechts und des Verfassungsrechts nahmen zu den Gesetzentwürfen Stellung. Die Anhörung hatte die rechtliche Notwendigkeit für die Ergänzung des Gleichheitsartikels im Grundgesetz deutlich gemacht. In ihren Gutachten betonten internationale Rechtsexpertinnen und -experten, dass Lesben, Schwule, Transgender und intersexuelle Menschen in Deutschland einen ausdrücklichen Grundrechtsschutz brauchen. Damit könne die Praxis der diskriminierenden Gesetzgebungen beendet werden. Von der CDU/CSU und FDP benannte Sachverständige bemühten dagegen alte Vorurteile.

Der LSVD pochte auch in den vergangenen Monaten mit der Aktion 3+ auf die Notwendigkeit der Ergänzung des Gleichheitsartikels im Grundgesetz um das Merkmal sexuelle Identität. Wir sammelten viele Unterschriften für unsere Kampagne. Am 30. März 2011 übergaben wir 50.000 Unterschriften an Dr. Max Stadler, den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesjustizministerium.

Zudem konnten neue Unterstützerinnen und Unterstützer für unser Anliegen gewonnen werden: Der Deutsche Frauenrat und das Forum Menschenrechte haben sich der Forderung angeschlossen. In einem Brief an Abgeordnete des Deutschen Bundestages, den Bundesinnenminister und die Bundesjustizministerin fordert das Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen zudem eine Ersetzung des Begriffes der „Rasse“. Weitere gewichtige Unterstützung erhielt die Aktion 3+ vom Deutschen Gewerkschaftsbund. In dem vom Bundeskongress verabschiedeten Dokument heißt es unter anderem: „Ein ausdrückliches Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität im Grundgesetz entfaltet durch seine Ausstrahlungswirkung vor allem über die Generalklauseln des Zivilrechts in zahlreichen Rechtsbereichen Wirkung“. Das Votum wird von der GEW sowie ver.di durch eigene Beschlüsse untermauert.

Im Februar 2011 beriet der saarländische Landtag über die Änderung der Landesverfassung. Aufgenommen werden soll der Begriff der „sexuellen Identität“. Einstimmig setzten sich die Abgeordneten für die Gleichberechtigung von Lesben und Schwulen in der Verfassung ein. Der LSVD Saar und Hasso Müller-Kittkau hatten sich sehr dafür eingesetzt. Sie forderten die Bundestagsabgeordneten des Saarlandes auf, dieses Signal des Landtages aufzugreifen.

## **9. Projektarbeit**

In der Trägerschaft des Familien- und Sozialvereins des LSVD werden Projekte im Bereich der Familienarbeit durchgeführt.

### **9.1. Projekt „Migrationsfamilien“**

Das vom BMFSFJ geförderte Projekt „Kultursensible Aufklärung zum Thema Homosexualität für Familien mit Migrationshintergrund“ endete Ende April 2010. Im Rahmen des Projektes veröffentlichte der LSVD eine Studie zur Lebenssituation von Lesben und Schwulen mit Migrationshintergrund mit dem Titel „Doppelt diskriminiert oder gut integriert? Zur Lebenssituation von Lesben und Schwulen mit Migrationshintergrund“. Als Leiterin der Untersuchung konnte Prof. Dr. Melanie Steffens gewonnen werden.

Die Studie ist die erste systematische und differenzierte Untersuchung über die Lebenssituation lesbischer Migrantinnen und schwuler Migranten in Deutschland. Die

Ergebnisse zeigen eine von großer Vielfalt und hoher Problemlösungskompetenz gekennzeichnete Gruppe, die aber besonderen Diskriminierungsrisiken ausgesetzt ist. Ein großes Problem ist das Coming-out. Die Studie zeigt, dass der Anteil der offen lebenden Lesben und Schwulen in der Gruppe mit Migrationshintergrund signifikant geringer ist. Auffällig ist, dass die Befragten in Deutschland häufiger Diskriminierungen auf Grund der Homosexualität erlebten, als Diskriminierungen aufgrund ihrer Herkunft. Das ist angesichts der vielfach belegten Probleme durch rassistische Diskriminierung in Deutschland ein gravierender Befund. Zudem wurden die Diskriminierungen wegen der sexuellen Identität als belastender eingeschätzt.

Der LSVD forderte deshalb den Ausbau der Unterstützungsangebote für Lesben und Schwule mit Migrationshintergrund sowie eine systematische Aufklärungsarbeit für Eltern und Familien zum Thema Homosexualität. Das Thema Homosexualität muss integraler Bestandteil einer verantwortungsvollen Integrationspolitik sein, um die durch die Studie festgestellten Probleme wirksam zu bekämpfen.

## **9.2. LSVD-Projekt Regenbogenfamilien**

Das LSVD Projekt „Regenbogenfamilien“ setzt sich seit 2002 bundesweit für die Verbesserung der persönlichen, gesellschaftlichen und rechtlichen Situation von Regenbogenfamilien ein. Die Bandbreite der projektinternen Angebote reicht von einem bundesweiten Beratungsangebot für Regenbogenfamilien und Fachleute, über Veröffentlichungen und Pressearbeit bis hin zu Vorträgen und (Fach-)Veranstaltungen ([www.family.lsvd.de](http://www.family.lsvd.de)).

### **Beratungsarbeit**

In den vergangenen zwölf Monaten wurden in diesem Rahmen ca. 100 persönliche oder telefonische Beratungsgespräche geführt und ca. 500 Emailanfragen ([family@lsvd.de](mailto:family@lsvd.de)) beantwortet. Jede zehnte Anfrage kam von Fachleuten, wie z.B. Mitarbeiter/innen von Familienberatungsstellen, Jugendämtern, Lehrer/innen, Politiker/innen und Medienvertreter/innen. Mit der Unterstützung von Manfred Bruns wurden auch 2010 in verschiedenen strittigen Fällen lesbische Mütter bei Stiefkindadoptionen und in Fragen des Sorgerechts unterstützt. Die Beratungsidee und -inhalte sind wie unsere fachbezogenen Veröffentlichungen (z. B. [www.family.lsvd.de/Beratungsfuehrer](http://www.family.lsvd.de/Beratungsfuehrer)) von vielen Beratungsstellen und Initiativen im gesamten Bundesgebiet aufgegriffen worden.

### **Internetauftritt, Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen**

Seit 2006 stellt sich das Projekt ([www.family.lsvd.de](http://www.family.lsvd.de)) im Internet umfangreich und zweisprachig (deutsch/englisch) dar. Hier können alle Informationen rund um die Themen Familienplanungen, Familienalltag und rechtliche Situation von Regenbogenfamilien abgerufen werden. Die Seite wurde auch 2010 beständig aktualisiert.

Das Ilse-Forum, das 2007 eingerichtet wurde, hatte im vergangenen Jahr einen Zuwachs von ca. 450 Mitgliedern (Dezember 2010: 1.500 Mitglieder), und es wurden pro Tag durchschnittlich vier neue Beiträge eingestellt.

Das Projekt "Regenbogenfamilien" hat auf der Grundlage der langjährigen Beratungstätigkeit rund um die Familiengenesse und den Familienalltag lesbischer Mütter, schwuler Väter und ihrer Kinder 2007 Sachinformationen, Erfahrungsberichte und Empfehlungen in Form des Beratungsführers "Regenbogenfamilien - alltäglich und doch anders" zusammengestellt. 2008 wurde dieser durch ein Internetportal ergänzt, auf der der Beratungsführer online einzusehen oder herunter zu laden ist. Diese Version des Beratungsführers wurde auch 2010 aktualisiert und durch weiterreichende Informationen und Literaturhinweise ergänzt. Im ergänzend eingerichteten Serviceportal wuchsen 2010 die Kontaktadressen speziell zur Familiengründung, aber auch zum Familienalltag von Regenbogenfamilien

([www.family.lsvd.de/beratungsfuehrer](http://www.family.lsvd.de/beratungsfuehrer)) stetig an. Von der Druckfassung des Beratungsführers wurden in 2010 gut 3.000 Exemplare an schwul-lesbische Eltern und Fachleute versandt. Die Druckversion ist aktuell bis auf weniger Exemplare vergriffen.

Wie schon in den Vorjahren gab es auch 2010 Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen im Rahmen des Projektes. So wurde 2010 z. B. ein Fachbeitrag in der slowenischen Zeitschrift für Sozialarbeit publiziert. Vorträge über Regenbogenfamilien wurden bundesweit durchgeführt, z. B. für LSVD-Landesverbände, für schwul-lesbische Organisationen oder kommunale Gremien ebenso wie für Fachpublikum, wie etwa auf dem XII. deutschen Hebammenkongress in Düsseldorf und erstmals als eintägige Fortbildung für das Jugendamt der Stadt Köln.

Im November 2010 wurde zum zweiten Mal in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin ein bundesweites Familienseminar ausgerichtet. Es war das siebte LSVD-Familienseminar dieser Art, und mit 120 Personen war es innerhalb von vier Wochen restlos ausgebucht.

## **10. Antihomophobiearbeit**

Der LSVD betreibt weiterhin Antigewaltprojekte mit den Schwulen Überfalltelefonen in Köln oder Magdeburg. Auch in den vergangenen Monaten hat der LSVD gegen homophobe Akteure und schwulen- und lesbenfeindliche Ausfälle protestiert.

### **10.1. Vatikan**

#### **Vatikan: Hexenjagd auf Homosexuelle?**

Im April 2010 wies der LSVD Äußerungen von Kardinalstaatssekretär Bertone zurück, der behauptet hatte, es gäbe einen Zusammenhang von Homosexualität und Pädophilie. Statt die Verantwortung für die jahrzehntelange Vertuschung des sexuellen Missbrauchs in der Kirche zu übernehmen und den Weg der Aufklärung zu gehen, versuchte Bertone eine andere Gruppe für schuldig zu sprechen. Die Wahl fiel auf die Homosexuellen. Seit vielen Jahren hetzt der Vatikan systematisch gegen Homosexuelle. Die Katholische Kirche macht sich damit mitschuldig an den Menschenrechtsverletzungen an Lesben und Schwulen. Das ist unentschuldig.

#### **Papst-Besuch**

Ende 2010 kritisierte der LSVD die Einladung des Papstes in den Deutschen Bundestag. Das Parlament darf nicht zur Bühne für homophobe Äußerungen werden. Benedikt XVI. hat Entscheidungen des Deutschen Bundestages wie die Einführung der Eingetragenen Lebenspartnerschaft als „Legalisierung des Bösen“ geschmäht. Er verneint die Gewissensfreiheit von katholischen Abgeordneten, wenn er ihnen ultimative Befehle zum Abstimmungsverhalten über gleichgeschlechtliche Partnerschaften gibt. Der Papst hat nie eine Gelegenheit ausgelassen, Lesben und Schwule herabzuwürdigen und ihnen gleiche Rechte abzuspochen. Statt in den Bundestag sollte der Papst bei seiner Berlin-Visite zu einem Besuch des Denkmals für die im Nationalsozialisten verfolgten Homosexuellen eingeladen werden. Das wäre der richtige Ort, endlich die längst überfällige Entschuldigung für die jahrhundertlangen Verbrechen der Katholischen Kirche an Homosexuellen auszusprechen.

### **10.2. Start der Mission Aufklärung**

Im Juli 2010 startete der LSVD die Mission Aufklärung. Die Webseite liefert seither ausführliche Informationen und Argumente gegen die Umpolungsangebote von Homoheilern. Auch in Deutschland machen sich evangelikale, fundamentalistische Organisationen breit, die behaupten, Homosexualität sei veränderbar oder therapierbar. Sie nutzen die Nöte von



jungen Menschen und die christlichen Werte zur Verbreitung homophober Ideologien. Das Internetportal <http://www.mission-aufklaerung.de/> ist ein Teil der Antihomophobiearbeit des LSVD. Das offene Netzwerk "Mission Aufklärung" ist aus einem Arbeitsbereich des LSVD Sachsen entstanden, um Umpolungsangeboten entgegenzutreten und aufzuklären. Das Netzwerk "Mission Aufklärung" geht gegen religiös begründete Diskriminierung von Homosexuellen vor und zeigt Betroffenen, etwa homosexuellen Christen, die in die Fänge von "Umpolern" geraten sind, Alternativen und Möglichkeiten des Ausstiegs auf.

## **11. Menschenrechte und internationale Solidarität**

### **11.1. CSD Budapest**

Im Februar wurde die für 18. Juni 2011 geplante CSD-Demonstration in Budapest von den Polizei-Behörden nicht genehmigt. Begründung: Es komme zu „überproportionalen Verkehrsstörungen“. Der LSVD verurteilte das Verbot als Verletzung des Grundrechts auf Meinungs-, Rede- und Versammlungsfreiheit, als klaren Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention. Der LSVD organisierte eine Protestbriefaktion mit entsprechendem Musterschreiben auf seiner Homepage.

### **11.2. UN-Vollversammlung stärkt Menschenrechtsschutz für LGBT**

Kurz vor Weihnachten sprach sich die UN-Vollversammlung mit großer Mehrheit dafür aus, in einer Resolution zu extralegalen und willkürlichen Hinrichtungen von Minderheitsangehörigen das Merkmal "sexuelle Orientierung" wieder aufzunehmen. Damit wird, wie bereits in den vergangenen Jahren, die Tötung von Menschen wegen ihrer "sexuellen Orientierung" wieder ausdrücklich verurteilt. Das Votum war ein Erfolg gegen die menschenverachtenden Machenschaften homophober Verfolgerstaaten in den UN und stärkt den Menschenrechtsschutz für LGBT. Afrikanischen Staaten und der Organisation islamischer Länder war es im November gelungen, die "sexuelle Orientierung" im Entwurf der Menschenrechtsresolution zu streichen.

Die USA hatten mit Unterstützung Lateinamerikas, Europas, karibischer Staaten und Südafrikas den Änderungsantrag eingebracht, damit die "sexuelle Orientierung" ausdrücklich wieder in den Resolutionstext aufgenommen wird. Der LSVD hatte die Bundesregierung aufgefordert, diese Initiative gemeinsamen mit den EU-Partnern mit aller Kraft zu unterstützen.

Das Auswärtige Amt teilte uns daraufhin mit, es sei „der Initiative der USA und den flankierenden Lobbybemühungen Deutschlands und anderer europäischer Staaten zu verdanken, dass jetzt doch eine Menschenrechtsresolution der VN-Generalversammlung einen Hinweis auf "sexuelle Orientierung" enthält.“

### **11.3. Vereinte Nationen**

#### **ECOSOC**

Der NGO-Ausschuss teilte uns im Februar mit, dass unser Vier-Jahresbericht, den wir im Sommer eingereicht hatten, auf der regulären Sitzung im Januar 2011 angenommen wurde. Die endgültige Bestätigung unseres Beraterstatus obliegt nun dem UN-Wirtschafts- und Sozialausschuss(ECOSOC) selbst, der voraussichtlich im Juni oder Juli 2011 über die Empfehlung beraten wird.

#### **UN-Menschenrechtsrat**

Am 22. März 2011 brachten 85 Staaten im Menschenrechtsrat in Genf ein joint statement zur sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität ein. Sie forderten ein Ende der anhaltenden Menschenrechtsverletzungen von LGBTI. Parallel dazu haben 119 NGO's – darunter 20 mit

ECOSOC-Status, so auch der LSVD – ein joint statement vorgetragen, um die Forderungen der Staateninitiative zu unterstützen. Wir hatten u.a. das Auswärtige Amt gebeten, sich aktiv an der Überzeugungsarbeit von potentiellen Unterstützerstaaten zu beteiligen und hatten vom Ministerium eine Zusage hierfür erhalten. 2008 waren es noch 66 Staaten und 2006 54 Staaten, die sich in dieser Form für die Menschenrechte für LGBTI Menschen einsetzen – ein großer Erfolg und sichtbares Zeichen auch unserer internationalen Kooperation und Lobbyarbeit!

#### **11.4. Forum Menschenrechte**

Unsere Zusammenarbeit mit dem FMR und seinen Mitgliedsgruppen wurde auch in 2010 weitergeführt. Hartmut Schönknecht vertrat den LSVD bei den Plenarsitzungen sowie der Jahresversammlung. Der LSVD arbeitet auch in mehreren Arbeitsgruppen mit.

#### **11.5. ILGA**

Auch bei der ILGA Europa-Konferenz Ende Oktober 2010 in Den Haag war der LSVD wieder vertreten. Zudem arbeitet er im EU Netzwerk mit, das sich zwei Mal im Jahr trifft. Hier werden Strategien für die Lobbyarbeit gegenüber den EU-Institutionen und dem Europarat diskutiert und festgelegt. Der LSVD arbeitet auch mit ILGA World zusammen.

#### **11.6. Hirschfeld-Eddy-Stiftung (HES)**

##### **Mord in Uganda**

Im Januar wurde in Uganda der schwule Aktivist David Kato brutal ermordet. Zusammen mit anderen Personen war er von der ugandischen Wochenzeitung "Rolling Stone" als homosexuell geoutet worden, verbunden mit der Aufforderung: „Hängt sie“. Seitdem hatte er immer wieder Morddrohungen erhalten. David Kato engagierte sich in der ugandischen Organisation „Sexual Minorities Uganda“ SMUG.

Der HES rief dazu auf, den Kampf von SMUG auch weiterhin tatkräftig zu unterstützen. Die 2004 in Kampala gegründete SMUG tritt ein für gleiche Rechte für alle Ugander unabhängig von Geschlecht oder sexueller Identität. Zudem will SMUG die Homophobie und antihomosexuelle Gewalt im Land sowie HIV und Aids bekämpfen. Zusammen mit lokalen und internationalen Partnerorganisationen will SMUG die Menschenrechte von LSBT in Uganda voranbringen. SMUG ist auch im internationalen NGO-Beirat der HES vertreten.

##### **Baltic Pride 2010**

Die HES nahm am 7. und 8. Mai in Vilnius/Litauen am Baltic Pride 2010 teil und unterstützte ihn mit 500 Euro aus dem Gay Solidarnosc Fond. Klaus Jetz stellte vor Ort Menschenrechtsarbeit der HES vor.

##### **Konferenz in Riga**

Am 4./5. Juni 2010 fand in Riga, Lettland mit Unterstützung der EVZ-Stiftung und der Heinrich-Böll-Stiftung und in Kooperation mit Mozaika und dem Latvian Human Rights Centre die sehr erfolgreiche Menschenrechtskonferenz „Human Rights and Homosexuality – Past, Present, Future“ statt. Zwei Tage lang diskutierten Politikerinnen und Politiker und Vertreterinnen und Vertreter von Menschenrechts- und schwulesbischen Organisationen aus dem In- und Ausland über die Situation von Lesben und Schwulen in den baltischen Staaten und anderen osteuropäischen Ländern. Weitere Themen waren die Geschichte der Verfolgung von Homosexuellen, Konzepte der Menschenrechtsbildung für Lesben und Schwule, Allianzenbildung sowie Strategien und Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung und Homophobie. Die Konferenz war die zweite ihrer Art nach der Konferenz „Lesbian and Gay Rights are Human Rights“ in 2008 in Kiew/Ukraine.

## **Südafrika**

Im Mai 2010 veröffentlichte die HES einen Spendenaufruf für das Lesbian and Gay Equality Project. LGEP kämpft u.a. gegen das Phänomen der so genannten „korrigierenden Vergewaltigung“ (corrective rape). LGEP aus Johannesburg ist eine gemeinnützige Organisation, die für die vollständige rechtliche und soziale Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen in Südafrika kämpft. Die HES leitete bislang 1.000 Euro an LGEP weiter.

## **Regenbogen-Philanthropie**

Am 6.9.2010 fand mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung und der Dreilinden gGmbH in Berlin ein ganztägiges Fachgespräch „Regenbogen-Philanthropie“ statt. Organisiert hatte die Veranstaltung die HES. Eingeladen waren Vertreterinnen und Vertreter von EZ-Organisationen sowie aus dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Eine Dokumentation des Fachgespräches findet sich auf der Stiftungshomepage [www.hirschfeld-eddy-stiftung.de](http://www.hirschfeld-eddy-stiftung.de).

Ab April 2011 wird die HES von der Dreilinden gGmbH unterstützt: Für die Koordination der Plattform LGBTI Menschenrechte, die Renate Rampf übernehmen wird, erhält die HES eine Förderung von zehn Wochenstunden für voraussichtlich zwei Jahre.

## **Zusammenarbeit mit Auswärtigem Amt und BMZ**

Am 6.10.2010 fand im Auswärtigen Amt in Berlin eine Podiumsdiskussion der Hirschfeld-Eddy-Stiftung statt. Über das Thema „Todesstrafe, Verfolgung und Anerkennung. Unterstützung von LGBT-Projekten in Afrika“ diskutierten Monika Lücke von ai, Jide Macaulay vom House of Rainbow, Nigeria, Markus Löning, Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung sowie Irene Knoke vom Siegburger Institut für Ökonomie und Ökumene Südwind. Moderiert wurde die Veranstaltung von Günter Dworek, LSVD.

Vom 21.11.2010 bis 28.11.2010 hatte das Auswärtige Amt auf Initiative des Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung Markus Löning und in Kooperation mit der Hirschfeld-Eddy-Stiftung Homosexuellen-Aktivistinnen und Aktivisten aus 13 Ländern Subsahara-Afrikas zu einer Informationsreise „Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle (LGBT) in Deutschland“ im Rahmen des Besucherprogrammes der Bundesregierung eingeladen.

Ziel der Reise war es, weitergehende Möglichkeiten der Menschenrechtsarbeit aufzuzeigen und Netzwerke aufzubauen, um Informationen, Ideen und Strategien auszutauschen und weiterzuentwickeln. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollten auch die Entwicklung in Deutschland kennenlernen, die zur gesellschaftlichen Akzeptanz sexueller Minderheiten geführt hat. Die Hirschfeld-Eddy-Stiftung war in die Programmplanung eingebunden und organisierte u.a. Workshops und in Kooperation mit dem LSVD Berlin-Brandenburg einen Empfang für die Gäste aus Afrika.

Am 4.11.2010 fand im Bonner BMZ die Konferenz „Jenseits von Sanktionen: Wie kann Entwicklungspolitik die Menschenrechte sexueller Minderheiten fördern?“ der Friedrich-Naumann-Stiftung und des BMZ statt. Die Hirschfeld-Eddy-Stiftung war auch an dieser Konferenz beteiligt.

Die HES wurde wie viele andere Menschenrechtsorganisationen im März 2011 zu einer Konsultation zum neuen Menschenrechtskonzept des BMZ nach Bonn eingeladen. Wir haben unsere Änderungswünsche und Ergänzungsvorschläge mündlich und schriftlich eingereicht.

## **Projektförderung Auswärtiges Amt/BMZ**

Das Auswärtige Amt hat auf Antrag der HES zwei Projekte bewilligt. Das Nicaragua-Projekt „Sexuelle Vielfalt und Menschenrechte“, das vom Projektpartner Red de Desarrollo Sostenible bis Jahresende durchgeführt wurde, hat ein Volumen von 19.000 Euro. Das Projekt „Aufklärung- und Akzeptanzarbeit in Nigeria wurde vom House of Rainbow durchgeführt und hat ein Volumen von 9.800 Euro. Auf beiden Projekten kann in 2011 aufgebaut werden. So wurde im BMZ ein Folgeprojekt für das Nigeria-Projekt beantragt.

Zudem fand am 30.11.2010 in Berlin ein Gespräch mit Bundesminister Dirk Niebel statt. Mit ihm wurde u. a. über die Arbeit der HES, das Nigeria-Projekt sowie die Publikation eines Activist Guide zu den Yogyakarta Prinzipien gesprochen. Diese Publikation wurde vom BMZ bewilligt, sie wird als Band 2 der HES-Schriftenreihe erscheinen.

Köln, 15. März 2011